

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 12.05.2022

Gremium:

Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

Sitzungsdatum:

11.05.2022

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 3.4

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie liegt folgende Empfehlung des Schulausschusses aus der öffentlichen Sitzung vom 04.04.2022 vor:

..Frau Gövert äußerte Zustimmung zur Vorlage und bat um Antwort auf folgende Fragen:

- welche Qualifikation erfordern die drei Planstellen?

- gebe es zusätzlich die Servicestelle oder werde diese durch die Planstellen abgedeckt?

Sie bat zudem um eine halbjährliche Berichterstattung im Ausschuss.

Herr Hagedorn führte aus, dass die Ausschreibung der drei Planstellen von deren Genehmigung abhängig sei. Es werde versucht, die Konzepte von bestehenden Förderkulissen wie z. B. Familien-Grundschul-Zentren einzubeziehen.

Im Rahmen des Corona-Exit-Programms sei mit externen Mitteln eine Stelle eingerichtet worden, die jetzt die Grundlage bilde für den Aufbau einer Servicestelle zwischen den drei beteiligten Ämtern.

Die Berichterstattung im Ausschuss werde regelmäßig erfolgen.

*Frau Dr. Goll bat darum, die Vorlage zu schieben, wie es auch der APOD getan habe. Der APOD habe einige Vorlagen geschoben, in denen es um Stellen ging. Es habe einen Grundsatzbeschluss gegeben, Klärung über eine Struktur der unterjährigen Stellenvergabe herbeizuführen; dass Stellen nicht nur zum Haushalt, sondern ggfs. zu **einem anderen festen Zeitpunkt** ausgegeben werden. Sollte dem Antrag auf Schieben nicht entsprochen werden, werde ihre Fraktion gegen die Vorlage stimmen.*

Frau Dressler-Döhmman sah die Vorlage kritisch. Es gebe bereits mehrere Projekte in der Schullandschaft in Dortmund. Die Ausstattung mit drei Personalstellen halte sie in diesem Fall für nicht notwendig. Sie äußerte Zustimmung zum Schieben der Vorlage.

Frau Joest schloss sich den Ausführungen von Frau Dressler-Döhmman an. Sie äußerte Kritik an der Darstellung der Vorlage, die sehr unübersichtlich sei. Außerdem würde sie sagen, dass bei den gewählten Standorten eigentlich Sozialarbeiter nötig seien, die jedoch nicht so hoch eingruppiert sind.

Herr Spieß fragte nach: Schieben in die Ratssitzung? Dann jedoch ohne Diskussion dort.

Herr Jansen würde sich dem ebenfalls anschließen. Nur würde sich in der kurzen Zeit bis zur Ratssitzung an der Vorlage nichts ändern.

Die Vorsitzende wies darauf hin, es gebe immer mal die Notwendigkeit von Stellenvergaben außerhalb der Haushaltsverhandlungen. Darauf müsse man sich einstellen.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Frau Schneckenburger hielt fest, dass der Ausschuss keinen konzeptionellen Gesprächsbedarf bzw. zur Ausrichtung der Vorlage habe. Es gebe eine kritische Sichtweise auf die Eingruppierung der vorgesehenen Stellen, den formulierten Umfang und das Verfahren der Vergabe. Diese Fragen sollen untereinander geklärt werden.

Die Vorsitzende ging auf den von Frau Dr. Goll angesprochenen Grundsatzbeschluss ein, sah aber die Notwendigkeit von Diskussionen über Stellenbesetzungen und/oder Neueinstellungen in den Fachausschüssen, wenn es um bestimmte Vorhaben wie in diesem Zusammenhang gehe.

Frau Dr. Goll stimmte den Ausführungen von Frau Schneckenburger zu. Sie halte es allerdings für zielführend, wenn der APOD eine Richtlinie zur Stellenvergabe vorgebe. Sie fragte nach, wie sie sich die Rhythmisierung (s. S. 5 der Vorlage) inhaltlich und organisatorisch vorzustellen habe.

Frau Schneckenburger erklärte, dass der Offene Ganztag in Dortmund Erlasslage des Landes NRW sei. Rhythmisierung bedeute in diesem Fall, dass Kinder Zeit haben zum Essen, Hausaufgaben erledigen, Sport, Musik o. ä.

Der Schulausschuss schiebt die Vorlage nach kurzer Diskussion ohne Empfehlung in den Rat.

AKJF 11.05.2022

Herr Barrenbrügge (CDU) bat darum, die Vorlage in die nächste Sitzung des AKJF zu schieben, da seine Fraktion bei der Problematik der unterjährigen Vergabe von Stellen grundsätzlichen Klärungsbedarf habe.

Frau Gövert (Bündnis90/Die Grünen) zeigte sich besorgt, ob es wegen der Verschiebung dann für manche Bereiche zeitkritisch werden könnte. Und fragte nach den Auswirkungen.

Frau Dr. Tautorat (Linke+) zeigte sich enttäuscht, dass der Kommission nichts anderes einfällt, als zwei weitere Koordinierungsgremien zu vereinbaren. Es gebe bereits sehr viele Vernetzungsstellen in der Stadt. Man benötige „Ruderer“ und nicht noch mehr „Steuerleute/frauen in E14“.

Frau Schneckenburger erklärte, wenn die Vorlage erst im Juni abgestimmt würde und die Verwaltung anschließend in das öffentliche Ausschreibungsverfahren ginge, halte sie es mit Blick auf den Schuljahresbeginn 01.08.2022 für nicht realistisch, dass die Stellen bis dahin besetzt werden könnten. Auf die Frage von Frau Dr. Tautorat antwortete sie, dass es vorgesehen sei, dass die Campusmanager*innen vor Ort arbeiten und das Campusmodell dort verankern.

Frau Dr. Tautorat ist der Meinung, dass das abgeschaffte gut funktionierende Hortsystem, zugunsten der günstigeren OGS ohne Fachpersonal, zu Problemen geführt habe und man mit zahlreichen Projekten und Vernetzungen, wie auch dieses, versuche etwas zu reparieren.

Frau Beckmann (BPN) bat darum, die Vorlage auch dem BPN zur Kenntnis zu geben.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Herr Oppermann (Humanistischer Verband) befürchtet, dass das Projekt in der effektiven Arbeit nicht wirklich etwas bewirke, sondern eine Überstruktur geschaffen werde. Da sollte man überlegen, ob man das Projekt wirklich bis 2026 laufen lasse, oder einen vorzeitigen Abbruch in Erwägung ziehe.

Frau Schneckenburger wies darauf hin, dass es einen anderen begleitenden Prozess durch das Land NRW geben werde, da es einen Rechtsanspruch auf offenen Ganzttag gibt. Da würden dann auch qualitative Ausgestaltungen für den offenen Ganzttag gesetzt. Diese müssten vom Land NRW kommen. Auch die Eckpunkte wie z.B. der Fachkräfteschlüssel, das Qualitätsmonitoring und die Finanzierung des offenen Ganztages müsse das Land vorgeben. Die Kommune könne nur einen Beitrag dazu leisten, vor dem Hintergrund eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses, die Angebote des offenen Ganztages in Dortmund besser zu justieren. Das sei der Gedanke des Projektes.

Frau Gövert ist es wichtig, dass alle Kinder von den Angeboten partizipieren. Viele OGS seien gut vernetzt im Quartier, aber noch nicht alle.

Frau Schütte-Haermeyer (Diakonie) wies darauf hin, dass eine OGS-Koordinatorin nach ein paar Jahren als Erzieherin in SD 8 eingruppiert sei, diese übergebe dann ihre Netzwerke und Kontakte an die Campusmanager*in und diese übernehme dann die Tätigkeit für SD 18. An beiden Standorten treffe man auf eine gut ausgebaute Struktur, da beide Stadteile mit besonderem Erneuerungsbedarf waren und ein Quartiersmanagement hatte bzw. haben. Das zu übernehmen sei einfach und wenn es von jemandem mit SD 18 übernommen werde, mit einer Projektleitung in EG 14 sei das schwer nachzuvollziehen.

Die Vorsitzende fasste zusammen, dass es keine Widersprüche gebe, die Vorlage in die nächste Sitzung zu schieben und gehe davon aus, dass die Vorlage im Rat ebenfalls geschoben werde.

Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie schiebt die Vorlage in die nächste Sitzung des AKJF am 22.06.2022

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 02.06.2022

Gremium:

Schulausschuss

Sitzungsdatum:

01.06.2022

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 2.6

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

(Vorlage lag bereits zur Sitzung am 04.05.2022 vor.)

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Frau Dr. Goll erklärte, der AKJF habe die Vorlage vor der Ratssitzung geschoben, um die Frage der Stellenbewertung und Eingruppierung zu klären. Nun werde die Vorlage im AKJF und Schulausschuss wieder behandelt, nur der für die o. g. Fragestellung zuständige APOD sei nicht berücksichtigt. Sie bat darum, die Vorlage in die morgige Sitzung des APOD zur Klärung zu überweisen. Inhaltlich gehe ihre Fraktion mit der schulischen Sicht der Vorlage konform, sie werde sich jedoch bei der Abstimmung enthalten, weil die Frage der Stellendotierung nicht geklärt sei.

Herr Jansen stellte klar, dass die Vorlage heute empfohlen werden solle, um das Programm in Gang zu bringen. Die Frage der Stellenbewertung soll im zuständigen APOD geklärt werden.

Frau Dr. Tautorat wies darauf hin, dass die Frage der Dotierung von der Qualifikation abhängt. Es gab die Diskussion über Sozialarbeiter*innen oder wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, das hänge wiederum von der inhaltlichen Ausrichtung des Programms ab. Darüber müssten sich die Fachausschüsse einig sein.

Herr Schmidtke-Mönkediek befürwortete die Vorlage, seine Fraktion halte sie für inhaltlich sinnvoll und werde zustimmen. Die personellen Auswirkungen seien deutlich dargestellt.

Herr Spieß bat Herrn Hagedorn, kurz auf die Eingruppierungsfragen einzugehen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, dem APOD könne man die Vorlage zur Kenntnis geben. Die Behandlung im APOD sei der dortigen Vorsitzenden überlassen.

Herr Hagedorn führte aus, dass in der Vorlage Ausführungen zur Stellendotierung enthalten seien. Die Aufgaben seien sehr komplex und anspruchsvoll. Es brauche allerdings Zeit, bis sich das Projekt entwickeln kann.

Frau Dr. Tautorat äußerte den Wunsch, die Vorlage im Schulausschuss zu empfehlen und das Ergebnis dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **für die morgige Sitzung zur Kenntnis zu geben.**

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund mehrheitlich mit 13 Ja (SPD, B'90/Die Grünen, FDP/Bürgerliste, DIE PARTEI), 1 Nein (AfD) und 7 Enthaltungen (CDU, DIE LINKE+), folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

- a) die Entwicklung von zwei Modellstandorten „Kindercampus“ sowie die Einrichtung der dazu erforderlichen und bis 08/2026 befristeten 3,0 (vzv.) Planstellen im Fachbereich Schule,
- b) den sukzessiven Aufbau einer „Servicestelle Bildungspartnerschaften“ im Fachbereich Schule zur Unterstützung der Qualitätsentwicklung und –sicherung in Dortmunder Bildungsinstitutionen,
- c) die dargestellten Beträge im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 ff. zu berücksichtigen.